

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Rede zum Haushaltsentwurf 2014

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Etschenberg, auch dieses Jahr werden wir wieder über einen Etat entscheiden, der sich in einer Schieflage befindet. Die Städteregion ist wie in den vergangenen Jahren nicht in der Lage, ohne Griff in die Ausgleichsrücklage einen ausgeglichenen Haushalt aufzuweisen. Und dies – und da stimmen wir alle hier im Hause überein – ist nicht die Schuld der Städteregion und des Städteregionstags. Die Verantwortlichen finden wir bei Bund und Land. Hier werden die Gesetze verabschiedet, die den Kommunen Aufgaben zuweisen ohne entsprechende Gegenfinanzierung, hier wurden die Steuererleichterungen beschlossen, welche Städte und Gemeinden belasten, hier werden die falschen Weichenstellungen für die Zukunft getroffen.

Kritisieren müssen wir als LINKE allerdings, dass Vertreter der Verwaltung und fast aller anwesenden Parteien ständig die Notwendigkeit des Konsolidierens und Sparens betonen. Genau wie die Politiker in Bund und Land gehen sie davon aus, dass in erster Linie durch Gürtel enger schnallen und Maßhalten eine Besserung eintreten kann. Bestes Beispiel sind hier die Vorschläge von CDU/Grünen und der FDP, welche die Personalaufwendungen um 180.000 bzw. sogar um 2 Millionen € kürzen wollen. Fiskalische Nachhaltigkeit wird dabei allzu sehr auf Ausgabenseite, Defizite und Schuldenstand beschränkt.

Richtig ist allerdings, dass trotz aller Konsolidierungsbestrebungen der letzten Jahre der städteregionale Haushalt bereits längst vor die Wand gefahren wäre, wenn nicht die Nettoausgaben der Grundsicherung bei

Alter und Erwerbsminderung vom Bund übernommen worden wären. Betrug die finanzielle Beteiligung des Bundes in 2011 gerade mal 4,3 Mio. € bei Ausgaben von 34,1 Mio. €, so ist für 2014 eine Erstattung von 39,2 Mio. € bei fast gleicher Höhe an Ausgaben vorgesehen. Und nur dadurch war und ist es möglich, die Belastung für die Kommunen durch die Regionsumlage zu deckeln. Dass der Entwurf dennoch ein Loch von ca. 10 Mio. € aufweist, zeigt, wo die Stellschrauben anzusetzen wären. Die kommunale Familie muss von weiteren Sozialausgaben entlastet werden. Die sich anbahnende große Koalition hat im Entwurf des Koalitionsvertrags eine Entlastung bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen zugesagt. Das ist positiv, war allerdings zu erwarten. Skepsis ist jedoch angebracht, wenn man die Aussagen zu einer stärkeren Rolle der Kommunen bei der Zukunft der Pflege liest. Auch die Landesregierung steht vor der Aufgabe, die Finanzierung der Kommunen neu auszurichten. Bisher ist z.B. nicht deutlich, wie die richtigen und wichtigen Maßnahmen zur Inklusion umgesetzt werden sollen. Zum Nulltarif ist diese nicht zu haben. Zu Recht wehren sich Kommunen in unserem Lande dagegen, die Hauptlast der Umsetzung tragen zu müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie nicht anders zu erwarten war, setzen Verwaltung und die Mehrheitsfraktionen auf erzielte Erfolge, die wir auch nicht in Gänze wegdiskutieren wollen. Weniger bis gar nichts hören wir jedoch von den Projekten, die aus dem Anfangsstadium nicht herausgekommen sind. Schauen wir doch mal kurz auf die letzten vier Jahre: Ich erinnere z.B. daran, dass man in 2010 von der Bildung eines EVTZ als Meilenstein grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Entwicklung sprach.

Herausgekommen ist dann die AG Charlemagne, bei der erst vor kurzem enthüllt wurde, wie die politische Beteiligung erfolgen soll.

Ein weiteres Beispiel: Die Mitglieder des Städteregionsausschusses werden sich bestimmt an hitzige Diskussionen ob der Einführung eines Klimasparrbriefs erinnern. Tatsache ist, dass es diesen auch nach anderthalb Jahren Ankündigung immer noch nicht gibt! Andere Kommunen, z.B. Münster oder Freiburg sind da schon wesentlich weiter. Bei der Zusammenarbeit der regionalen Versorgungsunternehmen gab es leider ebenso keine richtigen Fortschritte in den letzten Jahren.

Auch im Sozialbereich können wir nicht von Erfolgsgeschichten sprechen. Davon abgesehen, dass die Region Aachen Deutschland- und NRWweit eine anhaltend überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote aufweist – hierbei müssen wir den immer noch nicht abgeschlossenen Strukturwandel berücksichtigen – müssen wir feststellen, dass der vor Jahresfrist versprochene grundsicherungsrelevante Mietspiegel immer noch nicht vorliegt. Ob dieser dann tatsächlich die versprochene Rechtssicherheit und auch sozial ausgewogene Richtlinien bei den Kosten der Unterkunft hervor bringt, bleibt abzuwarten. Auf die über 4 Millionen € nicht ausgegebenen Mittel für das Bildungs- und Teilhabepaket in 2011 sind wir bei anderen Gelegenheiten schon ausreichend eingegangen.

DIE LINKE setzt auch in diesem Jahr bei ihren Änderungsvorschlägen für den Haushalt 2014 die Akzente auf die Schwerpunkte Soziales und Ökologie:

- Im Bereich Soziales setzen wir uns dafür ein, dass die Leistungsvereinbarungen im Sozial- und Gesundheitsbereich angepasst werden. Es handelt sich hierbei um keine Wohltaten, die nach Gutdünken verteilt werden können, sondern um wichtige

gesellschaftspolitische Angebote (z.B. der Frauennotruf, die Sucht- und Drogenhilfe, etc.), die den Schwächsten in unserer Region zu Gute kommen. Wir sind deshalb positiv überrascht, dass es entgegen des ursprünglichen Entwurfs doch Erhöhungen, wenn auch leider nicht in der beantragten Höhe geben wird, und die Sozial- gegenüber den Finanzpolitikern die Oberhand gewonnen haben.

- Im Gesundheitsbereich ist die von uns eingestellte halbe Stelle für den Infektionsschutz ein kleiner Baustein im Kampf gegen zunehmende Infektionskrankheiten, welcher per Gesetz eine zentrale Aufgabe des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist.
- Im Bereich Ökologie schlagen wir wie bereits in den letzten Haushaltsdebatten einen kommunalen Hilfsfonds für Maßnahmen der Energieeinsparung vor, der durch städteregionale Mittel und Einlagen der Bürger und Bürgerinnen gespeist werden soll. Trotz der Konjunkturpakete der letzten Jahre sehen wir weiterhin einen großen Nachholbedarf bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude. Weitere öffentliche Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz sichern und schaffen Arbeitsplätze im hiesigen Mittelstand.
- Der Ideenwettbewerb Stadtdurchgrünung ist ein Vorschlag unserer Fraktion, den wir auch in den Unterausschuss Modellregion Klimaschutz einbringen werden. Dafür haben wir 20.000€ in unsere Liste eingestellt.
- Beim Thema Bildung sind wir uns mit der Einstellung der zusätzlichen 171.000€ für den VabW alle einig – die einseitige Belastung der Mitgliedskommunen im Altkreis war nicht mehr

haltbar. Durch diese Übernahme in den städteregionalen Haushalt ist eine dauerhafte und zuverlässige Finanzierung gewährleistet. Für Jugendliche und Erwachsene, die eine berufliche Qualifizierung oder einen höheren Schulabschluss anstreben, ist das eine wichtige Entscheidung.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch kurz das Bildungsbüro erwähnen. Bestandteil des neuen Haushalts wird die Übernahme eines Teils der Kosten für das im nächsten Jahr auslaufende Modellprojekt „Lernen vor Ort“ sein. Wir werden diese Ausgaben an dem messen müssen, was das Bildungsbüro letztlich leistet.

Und da zitiere ich hier gerne den Städteregionsrat: „Uns und den Bürgermeistern ist aber auch wichtig, dass messbare Erfolge erzielt werden: weniger Schulabgänger ohne Abschluss, weniger Studienabbrecher, höhere Bildungsabschlüsse, weniger Menschen, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind.“ (AN vom Juni 2013). Am Ende des Tages wird es darauf ankommen, dass diese Erfolge auch tatsächlich eintreten werden.

Meine Damen und Herren,

DIE LINKE verspricht keine unfinanzierbaren Luftnummern. Nicht aus Rücksichtnahme auf eine ohnehin arg strapazierte „Generationengerechtigkeit“, sondern aus Solidarität mit den regionsangehörigen Kommunen. Deshalb schlagen wir u.a. vor, das als Bürgerbeteiligung bezeichnete Marketing, sowie das Zukunftsprogramm um einiges runterzuschalten. Dabei sind wir uns mit anderen Oppositionsfraktionen einig. Weiterhin halten wir die Umwidmung der 40.000€ für die nicht geglückte Bewerbung Maastrichts zur Kulturhauptstadt genauso für überflüssig wie die in diesem Hause

bereits ausreichend diskutierten Nutzungsentgelte für das Nachwuchsleistungszentrum.

Der Städteregionsrat kündigte einen Haushalt ohne Überraschungen an. Da hat er Recht behalten. Wenig überraschend ist aber auch, dass wir als Fraktion DIE LINKE den Haushaltsentwurf sowie die von CDU und Grünen eingebrachten Änderungen ablehnen werden. Insbesondere die Kürzung bei den Personalaufwendungen in Höhe von 180.000€ ist mit uns nicht zu machen.

Unser Dank gebührt allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Städteregion für ihren Einsatz in diesem Jahr. Einem Mitarbeiter wollen wir besonders danken, auch wenn er es vielleicht nicht mehr hören kann. Aber Herr Metten stand uns in diesem Jahr wie immer mit Rat und Tat zur Seite, als es Fragen zum Haushalt gab. Auch Herrn Loch, dem scheidenden Personalratsvorsitzenden, danken wir für seine engagierte Arbeit zum Wohl der Beschäftigten und wünschen Ihm alles Gute für die Zukunft.

Im Namen der Fraktion wünsche ich Ihnen allen einen schönen und erholsamen Jahresausklang.

Harald Siepmann